

Andreas Ross

Doe eens normaal, man! Ein Kommentar zur politischen Situation in den Niederlanden

GEERT WILDERS ist vertragstreue. Nein, er hat die Minderheitsregierung, der er ins Amt verhalf, kein bisschen geschont. Wenn ihm etwas nicht passt (und in Zeiten der Euro-Rettung passt ihm vieles nicht), zögert Wilders nie, Bosheiten über das Kabinett in die Welt zu twittern. Aber das darf er. Den Regierungsparteien war klar, worauf sie sich einließen, als sie Wilders für seine selektive Unterstützung mit einem vergleichsweise komfortablen Platz in der Grauzone zwischen Regierungsmacht und Oppositionsfreiheit belohnten. Die Regierung funktioniert seither recht gut. Aber auch Wilders' politischer Instinkt für Volkes Stimmung funktioniert nach wie vor. Dabei hat der Gründer der »Freiheitspartei« fast immer darauf geachtet, sich nicht direkt mit Ministerpräsident Mark Rutte oder dessen Stellvertreter Maxime Verhagen anzulegen. Sie sind seine Vertragspartner, mit ihnen trifft er sich wöchentlich – ganz so, als wäre er ein vollwertiger Koalitionspartner mit allen Rechten und Pflichten, Privilegien und Lasten. Umso bemerkenswerter war das Wortgefecht, zu dem es im September 2011 bei der Generaldebatte im Parlament kam. Rutte sah sich genötigt, seinen Partner für seine Ausdrucksweise zu rügen. Konkret ging es darum, dass ein PVV-Abgeordneter den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan als »Affen« bezeichnet hatte, aber der Anlass ist zweitrangig. Wilders sah das Zitat aus dem Kontext gerissen und rief dem Ministerpräsidenten zu: »*Doe eens normaal, man!*« Rutte aber benahm sich – wenn man nicht menschliche Reflexe, sondern die eher strengen parlamentarischen Sitten in Den Haag zum Maßstab nimmt – nicht normal und giftete zurück: »*Doe zelf eens normaal, man!*«

Aber was ist heute schon normal in der niederländischen Politik? Normal wäre vielleicht eine andere Koalitionsregierung gewesen, eine Art Kartell der etablierten »*bestuurders*« (»Sachpolitiker«) gegen die auf Krawall gebürsteten Populisten. Umso mehr Mühe haben sich die Regierungsparteien gegeben, wider alle Evidenz die Zusammenarbeit mit Wilders als völlig normal darzustellen. Routiniert strahlt Mark Rutte die Bedenken über das Zweckbündnis am seidenen Faden der kleinstmöglichen Mehrheit weg. Geert Wilders, so hat er es im Dezember 2010 der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gesagt, sei doch »ein normaler Kollege«. Und im

Wahlergebnis, das in den Augen seines Mentors Uri Rosenthal die »Pulverisierung der politischen Landschaft« belegte, wollte Rutte keine Krise der Volksparteien erkennen. Im Gegenteil: Es gebe jetzt eine neue Volkspartei, nämlich die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Wilders, die »ein breites Programm für ein breites Publikum« habe – alles normal, Mann!

Maxime Verhagen dagegen wollte einige Monate später die Frage nicht beantworten, wie viele Volksparteien es in den Niederlanden mit ihrem Zehn-Parteien-Parlament noch gebe. »Wir müssen jedenfalls wieder eine werden«, sagte der inoffizielle CDA-Führer verzagt. Nach den drei Wahldebakeln der Jahre 2010 und 2011 (Kommunalwahl, Parlamentswahl, Senatswahl) ist die Partei sichtlich noch nicht mit sich im Reinen. Die offene Führungsfrage spiegelt die Ratlosigkeit bei der Richtungssuche: Welche Lehren müssen die Christdemokraten aus den Wilders-Erfolgen ziehen? Die Wähler müssen das Gefühl bekommen, dass auch die CDA-Politiker ihre Sorgen ernst nehmen – so viel scheint Konsens zu sein, und tatsächlich wird in der Partei nun mehr über Kriminalität, EU-Bürokratie oder gescheiterte Integration gesprochen.

Einem Mann wie Gerd Leers, der als früherer Bürgermeister von Maastricht Wilders' Siegeszug im niederländischen Süden aus nächster Nähe erlebte, mögen viele Bürger auch abnehmen, dass er sich ihrer Sorgen annehmen möchte. Als Einwanderungsminister muss Leers dabei eine weitgehend von Wilders diktierte Agenda abarbeiten und zugleich den Menschen beibringen, dass Einwanderung an sich nichts Böses sei. Gerade dieser erfahrene Politiker, den manche in der Partei als Hoffnungsträger sehen, läuft aber Gefahr, am Ende der Legislaturperiode mit fast leeren Händen dazustehen. Denn die Maßnahmen, die den versprochenen »sehr substantiellen Rückgang des Zustroms« von Einwanderern bewirken sollen, bedürfen zum größten Teil neuer EU-Richtlinien. Selbst wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy politisches Kapital in die angestrebten Verschärfungen vor allem beim Familiennachzug investieren wollten, ist mit einem schnellen Erfolg nicht zu rechnen. Im Alleingang durchsetzen kann Den Haag allenfalls noch Dinge wie ein »Burkaverbot«. Das mag den einen oder anderen Wähler besänftigen, kann die real existierenden Integrationsprobleme aber kaum mildern. Auch ein entschiedenes Durchgreifen gegen illegale Einwanderer ist leichter verkündet als verwirklicht.

Nicht nur für den CDA wird es deshalb schwierig, das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen. Auch Wilders wird regelmäßig bilanzieren, wie viel das Kabinett wirklich für »Henk und Ingrid« tut, denen er im Wahlkampf ein besseres Leben auf Kosten von »Ali und Fatima« versprochen hatte. Die Euro-Krise droht das mühsam austarierte Bündnis vollends aus dem Gleichgewicht zu bringen. Wegen der schieren Dimension der Lasten, die Henk, Ingrid und den anderen Steuerzahlern aus den Bürgschaften für überschuldete Euroländer erwachsen könnten, verblasst das restliche Regierungsprogramm – auch die Teile, die Wilders für seine Klientel durchgesetzt hat. Die Strategie des Euroskeptikers, nun den oppositionellen

Sozialdemokraten wegen ihrer Unterstützung der Rettungsschirme vorzuwerfen, dass sie dem Kabinett Rutte nicht den »Stecker ziehen«, wird nicht verfangen. Die Wähler wissen genau, dass es zunächst in Wilders' Macht läge, den »Stecker aus dem Kabinett zu ziehen«.

Die Opposition freilich wird Rutte dafür bezahlen lassen, dass er ohne sie als Krisenmanager gelähmt wäre. Der Ministerpräsident macht gute Miene zu diesem neuen politischen Spiel: Endlich sei wieder Leben ins Parlament gekommen, lautet die Sprachregelung des Kabinetts. Tatsächlich muss es der Demokratie nicht schaden, wenn in den größtmöglichen politischen Fragen Mehrheiten im Parlament erstritten werden müssen. Dass das Volk diese Debatten nun massenhaft im Fernsehen verfolgte und daran seinen im Zeitalter des Populismus verlorenen Sinn für das politisch Wünsch- und Machbare schärfte, ist freilich nicht zu erkennen. Eine Rekordzahl von Zuschauern fand im Internet nur ein 78-Sekunden-Clip aus dem Parlament: »*Doe eens normaal, man. – Doe zelf eens normaal, man.*«